Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 38 (2011)
Heft: 4: Parlamentswahlen 2011

Artikel: Wahlkampfthemen : die Deutschen als neue Feindbilder
Autor: Lenzin, René
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-909606

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Deutschen als neue Feindbilder

Ausländer- und Einwanderungsfragen sind seit jeher beliebte Wahlkampfthemen. Diesmal stehen aber nicht exotische Fremde im Fokus der Debatte, sondern die europäischen Nachbarn, die dank des freien Personenverkehrs so zahlreich wie noch nie in die Schweiz kommen. Von René Lenzin

Die Zahlen sind eindeutig: Die ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz ist von 1 406 430 im Jahr 1999 auf 1 714 004 Ende 2009 gestiegen. Dies entspricht einem Ausländeranteil von 22 Prozent. Inklusive befristete Aufenthalter und Personen aus dem Asylbereich sind es gar 1 802 300 Ausländer oder 22,9 Prozent der Bevölkerung. Dazu gesellen sich noch rund 215 000 Grenzgänger, die zur Arbeit in die Schweiz kommen. Die definitiven Zahlen für 2010 hat das Bundesamt für Statistik noch nicht vorgelegt. Bereits bekannt ist jedoch, dass der Ausländeranteil weiter zugenommen hat.

Das stetige Einwanderungsplus spiegelt den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz und die Attraktivität ihres Arbeitsmarktes. Es schürt aber auch Ängste vor Überfremdung und Überbevölkerung. Diese Ängste aufgegriffen hat die Umweltbewegung Ecopop, welche die Einwanderung mit einer Volksinitiative begrenzen will. Mit dem Anfang Mai lancierten Begehren wird verlangt, dass die Wohnbevölkerung der Schweiz jährlich nur noch um durchschnittlich 0,2 Prozent wachsen darf. In den letzten Jahren waren es jeweils 1,3 Prozent. Die Ängste aufgegriffen hat aber auch die Politik – ausgeprägt im laufenden Wahlkampf, in dem die Ausländerfrage zu den zentralen Themen gehört.

Neun von zehn kommen aus der EU

Und das Thema hat einen Namen: Es heisst Personenfreizügigkeit. Es sind immer seltener ausländische Personen mit exotischem Aussehen und fremdländischen Namen, die in den Schlagzeilen stehen, und immer öfter die Einwanderer aus der Europäischen Union. Deren Zahl hat überproportional zugenommen, seit das Abkommen der Schweiz mit der EU über den freien Personenverkehr Mitte 2001 in Kraft getreten ist. Seither hat sich der durchschnittliche, jährliche Zuwachs der ausländischen Wohnbevölkerung von 26 000 auf 37 400 erhöht, wie ein kürzlich veröffentlichter Bericht des Bundes zeigt. Staatsangehörige der EU und der europäischen Freihandelszone Efta machten in diesem Zeitraum 89 Prozent des Zuwachses aus, während vorher fast ausschliesslich Ausländer von ausserhalb dieser Staaten zugewandert waren.

Die höchsten Zuwachsraten gab es in den letzten zehn Jahren bei deutschen und portugiesischen Staatsbürgern. Stieg die Zahl der Deutschen in der Schweiz zwischen 1992 und 2001 von 87 000 auf 119 000 oder um durchschnittlich 3,3 Prozent pro Jahr, belief sich der Anstieg zwischen 2002 und 2010 auf jährlich 17,6 Prozent. Am Ende des vergangenen Jahres lebten 277 000 Deutsche hier. Fast gleich viele waren es bei den Portugiesen. Ihr durchschnittlicher jährlicher Zuwachs stieg von 3,7 Prozent vor der Freizügigkeit auf 8,7 Prozent danach.

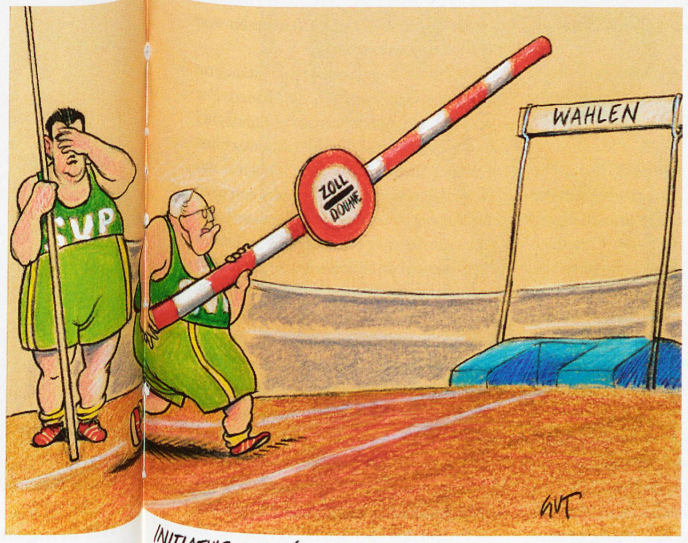
Diese veränderte Einwanderungsstruktur hat auch den politischen Diskurs verändert. Insbesondere bei Linken und Gewerkschaften ist die traditionelle Zustimmung zu mehr Öffnung oder gar zu einem Beitritt zur EU merklich gesunken. In der Ausländerpolitik drängen diese Kreise statt auf mehr Integrationsmassnahmen für schlecht gebildete Ausländer heute primär auf Schutzmassnahmen für mittelständische Kreise vor ausländischer Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. In ihrer ebenso traditionellen Einwanderungsskepsis bestätigt sieht sich die Schweizerische Volkspartei (SVP) auf der andern Seite des politischen Spektrums. Sie verlangt, dass die Schweiz die Zahl der Einwanderer wieder reguliert – mit Höchstzahlen und Kontingenten. Dazu müsste das Freizügigkeitsabkommen neu verhandelt, allenfalls gar gekündigt werden.

Der Bundesrat und die Mitteparteien der Freisinnig-Liberalen (FDP) und Christlichdemokraten (CVP) weisen diese Forderung zurück. Sie sind zwar bereit, gewisse Missbräuche bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen stärker zu ahnden. Sie betonen aber vor allem die positiven Aspekte des freien Personenverkehrs, der die Schweiz mit qualifizierten Arbeitskräften versorgt und so zum wirtschaftlichen Erfolg der letzten Jahre beigetragen habe.

Der bereits erwähnte Bericht des Bundes bestätigt die Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften. Dieser Trend habe bereits vor der Freizügigkeit eingesetzt, schreiben die Experten, sich danach aber akzentuiert. Die Hälfte der erwerbstätigen Ausländerinnen und Ausländer, die zwischen Juni 2002 und Mai 2009 in die Schweiz eingewandert sind, verfügten über einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss. Ein weiteres Drittel hatte eine Matura oder Berufsausbildung abgeschlossen.

Auch in der Krise hält Zuwanderung an

Der Bericht zeigt allerdings auch, dass sich der freie Personenverkehr nicht in allen Punkten so auswirkt, wie es vorausgesagt worden ist. So ist zwar die Netto-Zuwanderung in der jüngsten Wirtschaftskrise gegenüber der vorherigen Hochkonjunkturphase zurückgegangen. Aber der Einwanderungsüberschuss blieb 2009 und 2010 auf einem «im längerfristigen Vergleich relativ hohen» Stand. Noch keine klaren Schlüsse lassen sich hinsichtlich der Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit ziehen. Am höchsten ist diese unter Ausländern von ausserhalb der EU/Efta. Dieses Phänomen sei nicht neu und auch nicht direkt auf die Personenfreizügigkeit zurückzuführen, steht im Bericht. Allerdings erhöhe das zusätzliche Rekrutierungsreservoir die Schwierigkeiten dieser Gruppe, wieder Arbeit zu finden. Gleiches gilt für die Regionen mit vielen Grenzgängern. Dort gebe es «Anzeichen, dass die Vermittlung von Stellensuchenden tendenziell schwieriger» geworden sei. In mehreren Abstimmungen hat eine deutliche Mehrheit der Stimmenden den freien Personenverkehr bisher stets befürwortet. Die Wahlen im Oktober werden zeigen, ob das Volk auf diesem Kurs bleiben oder jene Kräfte stärken will, die rigorose «Eingangskontrollen» oder gar eine Begrenzung der Zuwanderung fordern.



INITIATIVE GEGEN MASSENEINWANDERUNG

SCHWEIZER REVUE September 2011 / Nr. 4
Karikatur: Peter Gut / bilanz

Die Schweiz würde sich ins eigene Fleisch schneiden

In der Diskussion um die Personenfreizügigkeit ist von verschiedener Seite der Ruf ertönt, Bern müsse mit der EU nachverhandeln. Radikalere Kreise vertreten die Ansicht, sollte dieses Vorhaben scheitern, müsse das gesamte Abkommen gekündigt werden. Das würde wegen der Guillotine-Klausel das ganze Bündel der «Bilateralen I» torpedieren und die Schweiz in eine stärkere Isolation führen. Von Peter Winkler

Einer der Gesprächspartner verdreht die Augen: «Das ist unvorstellbar.» Der andere schnaubt: «Gerade in dieser Situation eine ganz schlechte Idee.» Der erste gehört zu jenen Schweizer Diplomaten, die täglich mit der EU zu tun haben und ihre Pappenheimer in Brüssel deshalb nur zu gut kennen. Der zweite gehört zum Stab des EU-Kommissionspräsidenten Barroso und hat sich auf das Verhältnis zur Schweiz spezialisiert. In Sachfragen müssen die beiden oft gegenteilige Positionen vertreten, doch hier sind sie sich einig: Eine Forderung der Schweiz, das bilaterale Abkommen über die Personenfreizügigkeit nachzuverhandeln, hätte keinerlei Erfolgsaussichten, aber beträchtliches Schadenpotenzial.

Dafür, dass die Forderung für die EU nicht nur grundsätzlich sehr schwierig zu verdauen wäre, sondern auch in einem äusserst ungünstigen Zeitpunkt käme, gibt es mehrere Gründe.

Erschütterte Grundfesten

Die Krise um den Euro hat die EU in ihren Grundfesten erschüttert. Der Euro gehört, wie die Freizügigkeit bei Waren- und Personenverkehr, zu den Pfeilern des Binnenmarkts, und der ist jener Teil der europäischen Integration, der am weitesten fortgeschritten ist. Zur Erinnerung: Die Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg sollte zuerst über deutlich sichtbare wirtschaftliche Errungenschaften führen, die politische Union erst später entwickelt werden. Gleichzeitig mit der Eurokrise kamen auch Spannungen auf dem Gebiet der Personenfreizügigkeit auf: Das Problem der Roma in Frankreich, der italienisch-französische Zwist um tunesische Wirtschaftsflüchtlinge, und schliesslich die Ankündigung Dänemarks, wieder Grenzkontrollen einzuführen. Die EU-Kommission, die sich als Wächterin der Verträge und damit als Hüterin der bisher erreichten Integration versteht, reagierte auf diese Versuche, in den freien Personenverkehr Breschen zu schlagen, äusserst irritiert, auch wenn das gegen aussen teils nur als verbaler Tadel wahrgenommen wurde. Es ist unvorstellbar, dass die Kommission in einer solchen Lage einem Drittstaat für ein Vorhaben Hand reichen würde, welches das Prinzip der Freizügigkeit nur schwächen könnte.

Blockierter Bilateralismus

Das bilaterale Verhältnis ist von einem allgemeinen Stillstand in den Verhandlungen belastet. Der Grund ist hinlänglich bekannt: Die EU will, dass die Schweiz neue Entwicklungen im EU-Recht rascher und konsequenter umsetzt, damit nicht immer mehr Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Mitgliedstaaten und der Schweiz entstehen. Zudem will sie Differenzen in der Auslegung von bilateralen Abkommen oder Streit über deren Anwendung institutionalisiert lösen können. Bisher standen ihr nur die Gemischten Ausschüsse zur Verfügung, in denen die beiden Partner – etwas einfach gesagt – feststellen können, dass sie sich nicht einig sind.

Die Schweiz tut sich mit dem Anliegen der EU sehr schwer, der Widerstand ist aus verschiedenen Gründen verbreitet. Aber sämtliche EU-Institutionen – Parlament, Kommission und der Rat der Mitgliedstaaten – beharren darauf. Die Pattsituation damit noch zu verstärken, dass die Schweiz eine neue, eigentlich nicht einlösbare Forderung an die EU aufs Fuder packt, ist kaum zielführend.

Nachforderungen der EU

Ein weiteres Argument spricht dagegen, das Abkommen über die Personenfreizügigkeit aufzuschnüren. Die EU hätte gerne, dass die Schweiz jene Neuerungen übernähme, die 2004 mit der EU-Unionsbürgerrichtlinie eingeführt wurden. Mitte Juni dieses Jahres erklärte der Bundesrat beim Treffen des zuständigen Gemischten Ausschusses, daran habe man absolut kein Interesse. Dies unter anderem, weil die Unionsbürgerrichtlinie das Aufenthaltsrecht und das Recht auf Bezug von Sozialhilfeleistungen von der heute noch gültigen Regel der Erwerbstätigkeit löst. Die Europäische Union würde dieses Anliegen in Nachverhandlungen garantiert wieder auf den Tisch legen – und dann wäre die Schweiz mitten in Verhandlungen, die sie unbedingt vermeiden wollte.

PETER WINKLER, war bis Mai 2011 Korrespondent der NZZ in Brüssel, nun berichtet er aus Washington.